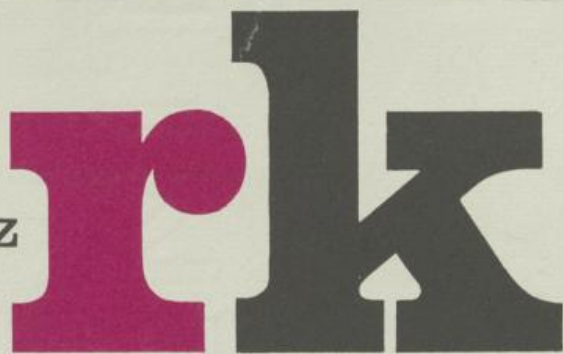


## Rathaus · korrespondenz



gegründet 1861

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
 von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
 So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

Dienstag, 3. November 1981

Blatt 2841

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS 400 niederländische Reisebüromanager in Wien  
 ausgesendet: BVP: Andere Vergaberichtlinien für Gemeindewohnungen  
 (grau)

Kommunal: Stadtteilplanung für Oberlaa und Unterlaa  
 (rosa) Mieter und Architekten planen Gemeindebau  
 Hatzl: Klare Bestimmungen für Vergabe von  
 Gemeindewohnungen  
 Steinhofgründe mit Wohnhausanlage Ameisbachzeile  
 vergleichbar  
 Drei städtische Althäuser für junge Leute  
 Mayr: Neues Mietenrecht wird Stadterhaltung fördern

Lokal: Neue sonderpädagogische Ambulanzen eröffnet  
 (orange)

Nur  
 über FS: 2.11. Wernhardtstraße stadtauswärts gesperrt  
 Brand in Wohnung gelegt?  
 Von Aufzug zerquetscht  
 Kühlschranks und Stereoanlage brannten  
 3.11. Allerheiligenkerze setzte Zimmer in Brand

.....  
Bereits am 2. November 1981 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

400 niederländische Reisebüromanager in Wien

=++++

10 Wien, 2. 11. (RK-KOMMUNAL) 400 Direktoren und Manager niederländischer Reisebüros waren in diesen Tagen Gäste der Bundeshauptstadt. Landtagspräsident Hubert PFOCH, der die Teilnehmer empfing, überbrachte die Grüße des Bürgermeisters und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß der diesjährige Kongreß der Organisation in Wien stattfand. Damit bot sich die Möglichkeit, gleichermaßen die große historische Vergangenheit wie die Leistungen der Gegenwart in den unterschiedlichsten Bereichen vorzustellen. Für Wien bedeutet die Tatsache, daß der Kongreß in der Bundeshauptstadt stattfand, einen Beitrag in dem Bemühen, dem niederländischen Gast Wien als Reiseziel attraktiv zu machen. (Schluß) and/ap

NNNN

.....  
Bereits am 2. November 1981 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

ÖVP: Andere Vergaberichtlinien für Gemeindewohnungen

=++++

12 Wien, 2.11. (RK-KOMMUNAL) Kritik an der Vergabepraxis für städtische Wohnungen übte ÖVP-Gemeinderat PETRIK am Montag im Pressegespräch von Vizebürgermeister Dr. BUSEK. Petrik verlangte ein Punktesystem für die Zuweisung von Gemeindewohnungen, eine Berücksichtigung von Wünschen des Wohnungswerbers auf eine Altbau- bzw. eine Neubaugemeindewohnung, Transparenz der Entscheidungen für den Wohnungswerber, ein öffentliches Einschaurecht und eine Vorlage der Wohnungsvergaben an den Gemeinderat.

Petrik bezweifelte, daß in städtischen Bauprojekten wie auf den Steinhofgründen tatsächlich bedürftige Wohnungssuchende untergebracht werden. Die monatliche Miete wird dort voraussichtlich 60 bis 65 Schilling pro Quadratmeter betragen.

ÖVP-Stadtrat MAUTHE betonte, daß Stadterneuerung in größerem Umfang nur dann erfolgreich betrieben werden kann, wenn man die Bevölkerung in einer Reihe von Selbsthilfeaktionen unterstütze.  
(Schluß) ba/gg

NNNN

Neue sonderpädagogische Ambulanzen eröffnet

=++++

2 # Wien, 3.11. (RK-LOKAL) Zwei neue sonderpädagogische Ambulanzen stehen ab sofort den Eltern von behinderten Kindern zur Verfügung. Somit erhöht sich die Zahl der sonderpädagogischen Ambulanzen, die in städtischen Kindertagesheimen untergebracht sind, auf fünf.#

In den sonderpädagogischen Ambulanzen erhalten Eltern von erziehungsschwierigen, entwicklungsstörungen, sprachstörungen oder in anderer Weise behinderten Kleinkindern fachmännischen Rat und auch Hilfe. Ein Team von Ärzten, Psychologen und Sonderkindergärtnerinnen betreut und berät kostenlos. Durch die Errichtung der beiden neuen Ambulanzen verringert sich die Wartezeit, die wegen des großen Andrangs bisher leider unumgänglich war, wesentlich.

#Die Adressen und Beratungszeiten der neuen sonderpädagogischen Ambulanzen sind:

Kindertagesheim Wien 3, Stadtpark

Beratungszeit jeden Freitag zwischen 14 und 17 Uhr

Telefonische Voranmeldung erbeten (Tel. 73 61 47)

und

Kindertagesheim Wien 10, Lippmangasse 3

Beratungszeit jeden Dienstag von 14 bis 17 Uhr

(Voranmeldung: Tel. 68 14 164)#

Außerdem stehen noch folgende Ambulanzen zur Verfügung:

Wien 12, Endergasse 1 (84 33 46), Wien 14, Auer Welsbach-Park (83 92 03) und Wien 21, Franklinstraße 28 (38 41 10). Beratung ist jeweils Dienstag zwischen 14 und 17 Uhr. (Schluß) emw/ap

NNNN

Stadtteilplanung für Oberlaa und Unterlaa (1)

Utl.: 1. Informationsveranstaltung hat begonnen

=++++

3 #Wien, 3.11. (RK-KOMMUNA) Erhaltung der Charakteristik der ehemaligen Dörfer Oberlaa und Unterlaa, Erweiterung der bestehenden Schutzzone, weitestmögliche Wiederherstellung des früheren Ortsbildes, Anpassung der Baulinien an den Bestand und Reduzierung der zulässigen Gebäudehöhen: das sind die wesentlichsten Schwerpunkte der Stadtteilplanung für Oberlaa und Unterlaa im 10. Bezirk. Die Bevölkerung ist eingeladen, die Umgebung ihrer Wohn- und Arbeitsstätten mitzugestalten. Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER und Bezirksvorsteher Josef DEUTSCH berichteten darüber Montag Abend in einem Pressgespräch.#

Nach dem Heuberg, Inzersdorf und Leopoldau ist nun die Stadtteilplanung für Oberlaa und Unterlaa die vierte derartige umfassende Überarbeitung des bestehenden Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für ein bestimmtes Gebiet in enger Zusammenarbeit mit der Bevölkerung. Hier leben rund 2.000 Menschen. In den beiden früheren Dörfern gibt es insgesamt rund 70 landwirtschaftliche Betriebe. Die Gebäude spiegeln zwar im wesentlichen noch den dörflichen Charakter wider, doch wurden aus vielen Scheunen Kfz-Betriebe und Lagerhallen, und zahlreiche neuere Gebäude sind nur nach zweckmäßigen Gesichtspunkten gestaltet. Als besonders störend wird der starke Durchzugsverkehr empfunden. (Forts.) and/bs

NNNN

## Stadtteilplanung für Oberlaa und Unterlaa (2)

=++++

4 Wien, 3.11. (RK-KOMMUNAL) Zu den Planungsvorschlägen gehört:

- Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion
- Vorrang für Wohnhäuser gegenüber zusätzlichen gewerblichen Nutzungen
- Schaffung einer Grünzone entlang der Liesing mit Fuß- und Radwegen
- Erhaltung der baulichen Strukturen durch Erweiterung der Schutzzonen.

Von der Magistratsabteilung für Stadtgestaltung wurden für Oberlaa zwei Gestaltungsvarianten vorgelegt, und zwar:

- Anpassung der Baulinien an den Bestand
- Reduzierung der zulässigen Gebäudehöhen
- Vorschriften über die Dachneigung (keine Flachdächer zulässig)
- Langfristig eine Verlagerung des Durchzugsverkehrs, wobei möglichst wenig landwirtschaftliche Flächen in Anspruch genommen werden sollen.

In einer Ausstellung im Gasthaus Marhold, 10, Oberlaaer Straße 42, hat die Bevölkerung die Möglichkeit, die Vorstellungen der Planer kennenzulernen und dazu Stellung zu nehmen. Die Ausstellung ist bis 13. November Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag von 9 bis 12 Uhr, Dienstag und Donnerstag von 15 bis 19 Uhr frei zugänglich. Fragebogen liegen auf. (Schluß) and/bs

NNNN

Mieter und Architekten planen Gemeindebau (1)

=++++

6 #Wien, 3.11. (RK-KOMMUNAL) Anfang 1982 wird in Simmering, Ecke Oberleitengasse - Trinkhausstraße der Grundstein zum Bau einer städtischen Wohnhausanlage gelegt, bei der die Mieter ihre Wohnungen gemeinsam mit dem Architekten planen. Wohnbaustadtrat Johann HATZL stellte das Projekt am Dienstag in einem Pressegespräch vor. Die Mietermitbestimmung in Simmering wird ähnlich wie beim ersten Wiener Partizipationsmodell Feßtgasse durchgeführt. Die Rahmenpläne des Architekten für den Simmeringer Gemeindebau sind bereits fertiggestellt. Die erste Information der zukünftigen Mieter wird im Jänner 1982 stattfinden. Das Architektenprojekt sieht einen Gebäudeblock mit drei Stiegen vor, in denen je nach Wünschen der Mieter insgesamt 54 bis 57 Wohnungen entstehen sollen. Bei zwei Stiegen ist eine umfassende Mietermitbestimmung vorgesehen, bei der die Mieter auch die Größe und Anordnung der Räume wählen können. Bei der dritten Stiege sollen die Ausstattungswünsche der Mieter berücksichtigt werden.

Ziel von Wohnbaustadtrat Johann Hatzl ist es, daß möglichst in jedem Wiener Gemeindebezirk zumindestens eine städtische Wohnhausanlage mit voller Mitbestimmung der Mieter erricht wird.#

Knapp vor Baubeginn in der Oberleitengasse - Trinkhausstraße sollen die zukünftigen Mieter zu einer ersten Besprechung mit dem Architekten zusammenkommen. Eine Informationsbroschüre soll den Mietern ihre Entscheidung erleichtern. Der Architekt wird die Aufgabe des fachmännischen Beraters übernehmen. (Forts.) ba/ap

NNNN

Mieter und Architekten planen Gemeindebau in Simmering (2)

=++++

7 Wien, 3.11. (RK-KOMMUNAL) Für den einzelnen Bewohner gibt es, eine ganze Reihe von wichtigen Entscheidungen zu treffen. Zunächst soll die Lage der Wohnung und die Wohnungsgröße festgelegt werden. Die Raumeinteilung innerhalb der Wohnungen wird ebenfalls freigestellt sein. Fixiert sind nur die sogenannten Naßgruppen - also Bad und WC. Die Mieter können Anzahl und Lage der Fenster bestimmen und sich für Balkone, Loggien oder Veranden entscheiden. Im Anschluß an die Grundrißfestlegung bleibt noch die Wahl der Raumausstattung. Die Mieter können die Bodenbeläge, Wandoberflächen und Elektroinstallationen selbst auswählen. Die Kosten, die über die Normalausstattung hinausgehen, müssen von den Mietern selbst getragen werden. Abschließend werden die Mieter noch über die Gestaltung der gemeinsamen Bereiche, der Stiegenhäuser, und Gemeinschaftsräume befragt. Im Rahmenplan des Architekten ist vorgesehen, daß auch Einzimmerwohnungen und Dreizimmerwohnungen durch einen gemeinsamen Eingang zusammengelegt werden können und in einer Art "Mehrgenerationenwohnung" genutzt werden.

Die Autos sollen in einer Tiefgarage Platz finden. Die Zufahrt ist von der Trinkhausstraße vorgesehen. Die Oberleitengasse könnte zum Teil gesperrt und als Wohnstraße ausgestaltet werden.

Die Stadt Wien hat aus den guten Erfahrungen, die mit dem Mietermitbestimmungsmodell Feßtgasse in Ottakring gemacht wurden, die Konsequenzen gezogen. Zu Beginn dieses Jahres gab der Wohnbaustadtrat grünes Licht für weitere Experimente. Nahezu in allen, 1981 begonnenen Neubauten der Stadt Wien können die Mieter bei der Ausstattung ihrer zukünftigen Wohnungen mitreden.

(Forts. mgl.) ba/bs

NNNN



Hatzl: Klare Bestimmungen für Vergabe von Gemeindewohnungen

=++++

8 #Wien, 3.11. (RK-KOMMUNAL) Für die Vergabe von Gemeindewohnungen bestehen klare und detaillierte Richtlinien, stellte Wohnbaustadtrat Johann HATZL am Dienstag im Pressegespräch von Bürgermeister Leopold GRATZ fest. Die Zugehörigkeit zu einer Partei spielt dabei keine Rolle. Berücksichtigt werden die Art der Vormerkung, die Vormerkdauer und die Einkommensgrenze. Bei der Art der Vormerkung gibt es folgende Prioritäten:

- o Obdachlosigkeit
- o gesundheitsschädliche oder gesundheitsgefährdende Wohnungen
- o Überbelag
- o getrennter Haushalt bei einem Ehepaar.#

"Sicher ist für jeden einzelnen, der eine Wohnung benötigt, sein Fall subjektiv der dringendste", meinte Hatzl. Ein Punktesystem für die Vergabe von Wohnungen habe es bereits einmal gegeben, doch war es damals gerade die ÖVP, die seine Abschaffung forderte. Bei der Vergabe werden die Wünsche der Mieter für eine Altbau- beziehungsweise für eine Neubaugemeindewohnung berücksichtigt. Doch die Wohnungen in Altgemeindebauten sind mit 40 bis 45 Quadratmeter Größe für Familien mit Kindern vielfach zu klein. 40 Prozent der Wohnungen werden bereits in Vorvergabe, das heißt noch vor der Fertigstellung des Baus vergeben. Ein Teil der fertiggestellten Wohnungen wird jedoch auch für Soforthilfen benötigt. Ein öffentliches Einschaurecht in die Unterlagen der Wohnungssuchenden soll es nach Meinung des Wohnungsstadtrates nicht geben. Hatzl vertrat die Auffassung, daß dadurch die Intimsphäre des Wohnungswerbers verletzt werde. Im Wohnwerbeblatt werden Angaben über ganz persönliche Lebensumstände gemacht. Oft werden auch ärztliche Atteste beigefügt. Der Durchlöcherung des Datenschutzgesetzes aus politischen Gründen könne er nicht zustimmen, sagte Hatzl. (Schluß) ba/bs

NNNN

Steinhofgründe mit Wohnhausanlage Ameisbachzeile vergleichbar

=++++

9 Wien, 3.11. (RK-KOMMUNAL) Die Wohnhausanlage Steinhofgründe, deren Bau erst nach einer positiv abgeschlossenen Volksbefragung begonnen wird, ist mit vielen neueren städtischen Wohnhausanlagen, ähnlich denen in der Ameisbachzeile in Ottakring, in der Peter-Jordan-Straße im 18. Bezirk, oder im Kahlenbergerdorf im 19. Bezirk vergleichbar, stellte Wohnbaustadtrat Johann HATZL Dienstag fest. Die Wohnhausanlage Heschweg soll mit der neuen Wohnbauförderung, das heißt mit einem 70-prozentigem Landesdarlehen gefördert werden. Dadurch würde der Baukostenbeitrag etwa 520 Schilling pro Quadratmeter betragen. Der Mietzins sei mit etwa 22 Schilling pro Quadratmeter berechenbar. Auf den Steinhofgründen, die seit jeher als Bauland gewidmet sind, werden 15 Prozent des Bauareals bebaut. Würde man die gegenwärtige Haltung der ÖVP in die Erste Republik übertragen, dürfte es auch Wohnhausanlagen wie den Karl-Marx-Hof, die Sandleiten, die Schmelz, die Siedlungen Wienerfeld-Ost und Wienerfeld-West, die Werkbundsiedlung und viele andere nicht geben. Die Wienerberggründe seien keine Ersatzfläche für die Steinhofgründe, da dort bereits eine Wohnbebauung vorgesehen ist. (Schluß) ba/gg

NNNN

## Drei städtische Althäuser für junge Leute

=++++

10 #Wien, 3.11. (RK-KOMMUNAL) In nächster Zeit sollen drei städtische Althäuser an einen Verein junger Leute beziehungsweise an die Hochschülerschaft vergeben werden. Wohnbaustadtrat Johann HATZL nannte am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters drei konkrete Projekte von denen sich zwei im 18. und im 6. Bezirk befinden. In zwei Häusern müssen noch Mieter abgesiedelt werden.#

Der Verein beziehungsweise die Hochschülerschaft sollen die Häuser in Hauptmiete übernehmen. Die Entscheidung über die weitere Vergabe der Wohnungen wird beim Hauptmieter liegen, der auch für die Betriebskosten aufkommen muß. Der Wohnungsverbesserungskredit kann ebenfalls in Anspruch genommen werden. Nach den ersten Erfahrungen besteht nach Ansicht Hatzls auch die Möglichkeit, weitere städtische Althäuser an Jugend- und Architektengruppen zu übergeben. (Schluß)  
ba/gg

NNNN

Mayr: Neues Mietenrecht wird Stadterhaltung fördern

=++++

11 Wien, 3.11. (RK-KOMMUNAL) Der Beschluß über ein neues Mietenrecht, der heute Dienstag im parlamentarischen Justizausschuß gefällt wurde, ist ein wichtiger Schritt für die Stadterhaltung und Erneuerung, betonte Finanzstadtrat Hans MAYR gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ". Ohne ein neues Mietenrecht bleibt nämlich, so Mayr, jedes Eintreten für die Stadterneuerung bloß ein Wunschdenken. Das neue Mietenrecht wird die Stadterneuerung fördern, weil es sichert, daß die für die Erhaltung der Häuser notwendigen Mittel aufgebracht, aber eben nur für die Erhaltung verwendet werden können, schloß Mayr. (Schluß) sei/gg

NNNN